

Aktuelle Debatte:

Das EU-USA Abkommen „TTIP“: Wer profitiert?

Editorial

Oliver Prausmüller

Die Debatten über die Reformierbarkeit des neoliberal geprägten Integrationsmodus der Europäischen Union gewinnen mit dem EU-USA Abkommen „TTIP“ neue Brisanz. Seit dem Sommer 2013 steht die sog. „transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“ offiziell in Verhandlung. Die öffentliche Kritik ist im Laufe der bisherigen Verhandlungsrunden (bislang sechs) stetig gewachsen – und damit auch der Druck, den Komplex aus verhandlungsführenden Exekutiven und unternehmenszentrierten Lobbynetzwerken demokratisch rückzubinden. Dazu kommt eine neu aufkeimende Debatte über die polit-ökonomische Verfasstheit der EU Handels- und Investitionsschutzpolitik. Erst mit „TTIP“ ist die öffentliche Wahrnehmungsschwelle für eine zentrale Verschiebung in diesem harten Kern der EU-Globalisierungspolitik überschritten worden: Nicht die Welthandelsorganisation, sondern ein Netz von Einzelabkommen mit EU-Drittstaaten soll die Durchsetzung einer neuen Etappe von Liberalisierungsvorhaben befördern. Die verstärkte Proliferation derartiger Abkommen ist nicht nur Ausdruck eines erodierten „multilateralen Konsens“ zur fortschreitenden Liberalisierung innerhalb der WTO. Die Auseinandersetzungen um „TTIP“ machen zudem deutlich, dass mit diesem Flaggschiffprojekt auch in der europäischen Politik ein starkes Interesse verbunden ist, die vorherrschenden, auf „innere Abwertung“ und wettbewerbsgetriebene Strukturanpassung zielenden Krisenstrategien institutionell und machtpolitisch noch besser abzusichern.

Werner Raza arbeitet in seinem Debattenbeitrag zunächst den Stellenwert des TTIP-Projekts für die europäische Außenwirtschaftspolitik und die Fallstricke der fortgesetzten exportorientierten Wirtschaftsstrategie „inner-“ und „außerhalb“ der EU heraus. Die hohe Tragweite der „WTO plus“ und „tiefen Integrations“-Agenda des TTIP wird zudem mit einem Überblick zentraler Verhandlungseinsätze zugänglich gemacht. Dessen Agenda zielt weniger auf den Abbau des in weiten Teilen bereits sehr niedrigen Zollniveaus zwischen den größten Handelsblöcken der Welt. Im Fokus stehen viel mehr so genannte „Handelshemmnisse hinter der Grenze“ und das Forcieren „regulatorischer Konvergenz“ im Bereich von Normen, Standards und gesetzlichen Auflagen. Die Brisanz von TTIP liegt hier nicht nur darin begründet, wie Bestimmungen zu u. a. Lebensmittelsicherheit, Gesundheit, Daseinsvorsorge, VerbraucherInnen-, Daten-, Umwelt- und ArbeitnehmerInnenenschutz im unmittelbaren Abkommen behandelt werden. Als „lebendes Abkommen“ soll es zudem institutionelle Mechanismen und Verfahren beinhalten, die auch nach dessen Inkrafttreten eine „effektive“ und „beschleunigte“ Bearbeitung bestehender sowie künftiger Regulierungsmaßnahmen ermöglichen sollen. Diese Vorhaben für eine „rollende“ TTIP-Agenda laufen Gefahr, die demokratischen Vorrechte der Parlamente bei der Bestimmung von Ausrichtung und Inhalt öffentlicher Regulierungen zusätzlich

zu untergraben (vgl. auch Soukup 2014). Zusammengenommen verdeutlicht der Beitrag, dass den zweifelhaften ökonomischen Effekten des TTIP eine Form der Verhandlungsführung gegenübersteht, die auf Kosten von Demokratie und öffentlichen Interessen geht. Pia Eberhardt nimmt hier in ihrem Beitrag unmittelbar die Debatte über das Ausmaß von Investorenrechten im TTIP auf. Vorerst sind die besonders umstrittenen Verhandlungen zur Verankerung von Investor-Staat-Sonderklagerechten im TTIP-Zusammenhang ausgesetzt – dies und der Umstand, dass die Europäische Kommission dazu eine öffentliche Konsultation durchgeführt hat, wird vielfach als Erfolg der bisherigen Proteste gewertet. Doch wie tragfähig ist dieser Befund? Und welche Lehren können für den weiteren Widerstand gegen das Abkommen gezogen werden? Für November dieses Jahres hat die Europäische Kommission ihre vollständige Auswertung und Antwort auf die Konsultation angekündigt. Umso mehr lohnt es sich, vor der nächsten Runde der Auseinandersetzung mit Eberhardts „Deutungsangebot in fünf Thesen“ eine weitergehende Einordnung vorzunehmen. Der Weg von These 1 „Der Widerstand gegen die Konzern-Klagerechte zeigt Früchte“ zu These 5 „Der TTIP-Widerstand braucht einen langen Atem und muss breiter werden“ führt gerade auch vor Augen, wie die Europäische Kommission den lancierten Reformdiskurs dazu nutzen will, das nicht nur im Rahmen von TTIP unter Druck stehende globale Rechtsregime zum Schutz ausländischer Investitionen zu re-legitimieren.

Die Frage „Ist eine andere EU möglich?“ führte zuletzt in diesem Debattenforum u. a. zum Befund, dass die EU-Institutionen und die Form der EU-Politikformulierung „gegen Druck von unten“ wirksam abgeschirmt sind und ihre Exekutivlastigkeit „große Kapitalgruppen, die auf EU-Ebene organisationsfähig sind und einen privilegierten Zugang zur Exekutive und deren Fachbürokratie haben“ begünstigt (Becker 2014: 92). Dazu trat die vorgeordnete Frage, ob das Beharrungsvermögen neoliberaler Wirtschaftspolitik „an unzureichender Veränderung der sie stützenden Kräfteverhältnisse“ liegt oder „ist die EU ein von den Kräfteverhältnissen verselbstständigtes Bollwerk einer konstitutionalisierten Agenda?“ (Weber 2004: 89). In der aktuellen Debatte um „TTIP“ setzen sich die Auseinandersetzungen um die vorherrschende Schiefelage integrationspolitischer Projekte auf erweiterter Stufenleiter fort. So zeigt sich nur in der EU, sondern auch im Regime des internationalen Wirtschaftsrechts eine bemerkenswerte Kontinuität einer konstitutionalistischen Agenda, die den Handlungsradius öffentlicher Politiken marktkonform limitiert und auf eine Disziplinierung demokratisch legitimer Regulierungen zugunsten von offensiven Unternehmens- und Investoreninteressen zielt (Krajewski 2010; Gill/Cutler 2014). TTIP lässt sich hier als ein Kristallisationspunkt für den weiteren Werdegang dieser konstitutionalistischen Agenda verstehen. Dazu kommt ein markanter Testfall dafür, über welche Kapazitäten dieser Modus der EU-Politikformulierung zur demokratiepolitischen Immunisierung verfügt. Wie viele oder wenige Spuren wird die starke öffentliche Kritik am TTIP-Projekt hinterlassen? Lässt sich die Praxis aufrechterhalten, die Verhandlungsdokumente weiter als Verschlussache zu behandeln? Kommt es etwa zu einer Fokussierung auf die „niedriger hängenden Früchte“, wie das wirtschaftsliberale Cato-Institut (Ikenson 2013) empfiehlt, um die Verhandlungen mit einer Art „lose to win“-Strategie schrittweise zum Erfolg führen zu können? Wird die Kritik möglicherweise durch ein Aufsplitten in „single issues“, selektive Konsultationen und die gezielte Kooptierung von Einzelgruppen entkernt? Oder gelingt es gar, TTIP zum Ausgangspunkt für eine weitreichendere Diskussion über einen notwendigen Kurswechsel in der europäischen sowie globalen Handels- und Investitionsschutzpolitik zu machen?

Literatur

- Becker, Joachim (2014): Ist eine andere EU möglich?. In: Kurswechsel 1/2014, 92-96.
- Gill, Stephen/Cutler, A. Claire (2014, Hg.): New Constitutionalism and World Order, Cambridge.
- Ikenson, Daniel J. (2013): The Transatlantic Trade and Investment Partnership: A Roadmap for Success. In: Free Trade Bulletin Nr. 55, 1-4, http://object.cato.org/sites/cato.org/files/pubs/pdf/ftb_55.pdf (5.8.2014).
- Krajewski (2010): Neoliberalismus und Konstitutionalismus im Weltwirtschaftsrecht: Entstehung, Krisen, Alternativen. In: Kritische Justiz, 4/2010, 384-393.
- Soukup, Nikolai (2014): EU-USA-Handelsabkommen TTIP: Deregulierungsinteressen treffen auf ein „lebendes Abkommen“, <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/eu-usa-handelsabkommen-ttip-deregulierungsinteressen-treffen-auf-ein-lebendes-abkommen/> (5.8.2014).
- Weber, Beat (2014): Aktuelle Debatte: Ist die EU reformierbar? – Editorial. In: Kurswechsel 1/2014, 89-91.